denn jeder hat in seinem Land schlechte Jahre gehabt und hat im Herbst wieder den Optimismus gehabt, das neue Jahr wieder voll anzupacken.

Wir haben 45 schlechte Jahre hinter uns. Das Tor ist aufgestoßen, und ich meine, wir haben allen Grund - auch wir Landwirte -, durch dieses Tor zu gehen und uns links und rechts an nichts zu scheren. Wir wollen auch teilhaben an der Freiheit, so wie sie in ganz Europa ist.

(Beifall vor allem bei CDU/DA)

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist vorbei!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß kommen. Die Parteien der CDU/DA-Fraktion befürworten die Überweisung dieses Gesetzentwurfes zur Marktordnung an den Ausschuß für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft, an den Wirtschaftsausschuß und an den Ausschuß für Handel und Tourismus. - Danke.

(Beifall bei der Koalition)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage?

Dr. Peitsch (PDS):

Kollege Abgeordneter, eine Frage: Wie erklären Sie sich den Widerspruch, den ich in Ihrer Rede gehört habe, daß einerseits der Bauer wegpolitisiert worden ist in 45 Jahren, also nicht mehr existiert, aber gleichzeitig ein - wie Sie weiter ausführten - Kollege ist, ein Landwirt, der nicht schlechter ist als seine Kollegen in der EG? Sprechen Sie von zwei verschiedenen Kategorien, von zwei verschiedenen Bauertypen, oder wie erklärt sich das?

Schroeder (CDU/DA):

Das sind keine Widersprüche. Ich möchte Ihnen nur eines sagen: Ich selbst wurde durch Leute der vorhergehenden Partei ebenfalls mundtot gemacht, und ich freue mich, daß ich jetzt als Landwirt wieder meinen Mund aufmachen kann und meine Meinung sagen kann.

(Dr. Peitsch: Das ist erfreulich, aber keine Antwort.)

(Beifall bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Es sind keine weiteren Fragen zugelassen. - Als nächster spricht für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Dr. Botz.

Dr. Botz für die Fraktion der SPD:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das uns heute in 1. Lesung vorliegende Marktorganisationsgesetz ist eine logische Konsequenz der Anpassung der Strukturen unserer Landwirtschaft an das System der Marktordnung der Europäischen Gemeinschaft. Und, meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns in diesem Haus wohl darüber einig, daß wir in diese Europäische Gemeinschaft hineinwollen.

Diejenigen, die sich mit der Thematik vertraut gemacht haben, wissen, daß gerade die Landwirtschaftspolitik auf dem Weg der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft eine sehr wichtige Rolle gespielt hat. Trotz aller Probleme, die dieser europäischen Agrarpolitik durchaus anhaften, sollte man auch zur Kenntnis nehmen, daß durch das in vielen Jahren gewachsene Preisstützungs- und Außenschutzsystem dieses Marktes relativ stabile, durchschaubare Produktions- und Marktstrukturen geschaffen

wurden, die unter anderem eine hohe Effektivität der landwirtschaftlichen Produktion sichern.

Die starke Dynamik der politischen Entwicklung zwingt uns nun auch, auf dem Gebiet der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte schnell eine Paßfähigkeit an die Europäische Gemeinschaft zu entwickeln. Ich möchte hier nicht auf das Vergangene eingehen, auf die Mängel der Planwirtschaft. Das ist hier getan worden. Trotz der Kürze der Zeit sei dennoch eine Frage erlaubt, meine Damen und Herren. Welcher Landwirt in dieser Republik hätte, als er 1989 das Wintergetreide noch entsprechend den Planaufgaben drillte, es für möglich gehalten, daß er die zu erwartende Ernte schon zu EG-Preisen absetzen wird? Wenn es darüber aber nicht nur ungetrübte Freude gibt, so hängt das in erster Linie damit zusammen, mit welcher gewaltigen Unsicherheit unsere Bauern gerade in diesen Tagen besonders in die nächste, in die unmittelbare nähere Zukunft schauen müssen.

Nun gibt es in diesen Tagen ja nur wenige Bürger, die sich ganz sicher sein können, was ihre wirtschaftliche Zukunft angeht. Insofern könnte man fragen, warum es den Bauern ausgerechnet anders gehen sollte. Wir sind aber der Auffassung, daß die Frage des Eigentums an Grund und Boden sowie der Inventarbeiträge, die Tatsache des nicht immer freiwilligen Beitritts zu den Genossenschaften und die dirigistischen staatlichen Eingriffe, die es ja noch bis vor wenigen Monaten gab, äußerst komplizierte Rechtsverhältnisse auf dem Land geschaffen haben. Diese Rechtsverhältnisse, meine Damen und Herren, gestatten es nun einmal nicht, einfach einen Vergleich mit dem Arbeitsverhältnis eines Arbeitnehmers in einem VEB zu ziehen. Hier geht es um andere Probleme.

Auch, wenn es mir schwerfällt, muß ich doch vor diesem Hohen Haus heute feststellen, daß es weder der Regierung noch uns als Parlament bisher in ausreichendem Maße - ich betone: in ausreichendem Maße - gelungen ist, diesem Wust an rechtlichen und ökonomischen Problemen in der Kürze der Zeit beizukommen.

Meine Damen und Herren! Der in Mitteleuropa wohl gewaltigste, kurzfristig erzwungene Strukturwandel in einer Landwirtschaft, nämlich in der Landwirtschaft der DDR, hat Tatsachen geschaffen, über die wir nicht gerade glücklich sein können, die wir nun aber einmal zum Ausgangspunkt der zukünftigen Entwicklung machen müssen. Eine andere Herangehensweise ist schlicht und einfach als unrealistisch einzustufen. Unsere Bauern - davon sind wir überzeugt, und hier stimme ich meinem Vorredner zu -, werden ebenso wie ihre Kollegen in der BRD, in Holland, in Frankreich und in Spanien die Mechanismen der Marktorganisation beherrschen lernen. Sie werden das aber um so besser tun, je vernünftiger es uns, und hier meine ich uns in diesem Hohen Hause, gelingt, faire politische Rahmenbedingungen für eine Anpassung der alten Strukturen an die neuen Erfordernisse zu setzen.

(Beifall vor allem bei der SPD)

So weit einige Bemerkungen zum Gesamtzusammenhang. Gestatten Sie mir noch einige Worte zu einzelnen, in Paragraph 3 aufgeführten Marktordnungsmaßnahmen.

Erstens. An erster Stelle wird hier die Intervention genannt, die auch schon in aller Munde ist und große Hoffnungen, vielleicht auch Illusionen weckt. Die Kollegen aus der Bundesrepublik weisen uns allerdings zu Recht darauf hin, welche Risiken diese Maßnahmen im Falle der Überbeanspruchung in sich bergen. Ankauf und Lagerung verursachen nicht nur erhebliche Kosten, wovon, nebenbei gesagt, die EG ja wahrlich ein Lied singen kann, sondern volle Interventionslager führen in letzter Konsequenz auch immer zu sinkenden Preisen, die sich schließlich kein Landwirt wünschen kann.

Zweitens. Die unter Punkt 2 i aufgeführte Vergütung für die Aufgabe der Produktion sollte im Interesse einer ökologisch und ökonomisch orientierten Marktwirtschaft besonders dort gezahlt werden, wo die Produktion mit einer ständigen Gefahr der Belastung von Böden und Grundwasser durch Pflanzenschutzmittel oder Nitrate bzw. Phosphate verbunden ist oder dort, wo